



## Die Reformkonservativen

### EU-Wahlprogramm 2014

#### Präambel

#### Auszug aus dem Parteiprogramm – These III

***Die Völker Europas als historisch gewachsenes Faktum sind die Träger der staatlichen Souveränität, diese verlangt das österreichische Staatsvolk zurück.***

Die EU als neues Machtzentrum einer Funktionärskaste und von anonymen bürokratischen Apparaten sozialistischen Zuschnitts nimmt zunehmend totalitäre und zentralistische Züge an. Die EU hat die aktuellen europäischen Krisen maßgeblich verursacht. Die Konsequenzen und Auswirkungen der Schuldenkrise, der Finanz- und Bankenkrise, der Massenarbeitslosigkeit und der neuen Armut müssen aber alle europäischen Völker tragen. Die EU will die Staaten und die historisch gewachsenen Völker als Kulturträger immer stärker entrechten und entmündigen.

***Wir Reformkonservative verlangen daher die Entmachtung der abgehobenen EU-Bürokratie, der arroganten EU-Funktionärseliten und EU-Oligarchen. Wir fordern eine Entschleunigung des Integrationsprozesses und eine Renationalisierung aller seit dem Maastricht-Vertrag von der EU arrogierten Zuständigkeiten. Die EU-Institutionen müssen drastisch rückgebaut oder gänzlich abgeschafft werden. Im Wesentlichen sollte nur ein Rat von demokratisch legitimierten Völkervertretern der Mitgliedsstaaten als Gemeinschaftsorgan übrigbleiben. Wir fordern in weiterer Folge die Kürzung der EU-Mitgliedsbeiträge auf das anteilige Niveau eines Mindestbudgets einer verschlankten EU-neu.***

***Weil es niemals ein europäisches Staatsvolk geben kann, müssen die Völker Europas die Träger der staatlichen Souveränität bleiben, um den Frieden auf dem Kontinent zu sichern. Dies betrifft insbesondere die Rückerlangung der vollen Budgethoheit und die Aufhebung des ESM.***

#### Europäische Werte

Seit Jahrzehnten versucht die EU vergeblich, eine Werteunion zu schaffen, die den eigentlichen europäischen Traditionen widerspricht. Die abendländisch-europäische Werteordnung fußt auf der **christlichen Glaubenstradition**, der **griechischen Philosophie** und dem **römischen Rechtssystem**.

Die falsche Haltung der EU wurde deutlich in der Ablehnung jedes Gottesbezuges im EU-Verfassungsentwurf, in der Verhinderung bekennender Christen bei der Besetzung von EU-Funktionen (bspw. Fall Buttiglione), in Beschlüssen zur Förderung von Abtreibung und Euthanasie, zur Gender-Ideologie, zur Privilegierung homosexueller Partnerschaften, und zur Kriminalisierung der Meinungsfreiheit bei Gegenmeinungen (Tatbestand der Verhetzung, bei Homophobie, etc.).

Europa kann nur dann als Friedenprojekt gelingen, wenn es auf seinen wahren christlich-abendländischen Traditionen aufbaut. Es ist nicht Aufgabe der EU, den Völkern eine neue künstliche Wertordnung aufzuzwingen.

***Wir Reformkonservative streben eine Erneuerung Europas aus seinen christlich-abendländischen Wurzeln und seinen vielfältigen Traditionen an. Wir bekennen uns daher klar zur Achtung vor dem Leben und der Wahrung der Menschenwürde ab der Empfängnis bis zum natürlichen Tod, sowie zu einem nachhaltigen Umgang mit der Schöpfung, der wir alle Lebensgrundlagen verdanken, und zu sozialer Gerechtigkeit auf Basis der christlichen Soziallehre, und schließlich zur Freiheit des Einzelnen gegenüber staatlichen Strukturen.***

***Außerdem verlangen wir, dass sich die EU-Mitgliedländer auf europäischer Ebene dazu verständigen, in ihrer jeweiligen Außenpolitik weltweit als Schutzmächte für verfolgte Christen, insbesondere in islamischen und kommunistischen Ländern, aufzutreten.***

## Subsidiarität

Keinen ihrer eigenen Grundsätze missachtet die EU so sehr wie den der Subsidiarität. Das Subsidiaritätsprinzip ist im Kern die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der kleineren Einheiten und eine Ablehnung des Zentralismus, wie ihn sozialistische Ideologien seit Jahrzehnten propagieren. Die EU folgt jedoch genau diesem falschen ideologischen Ansatz.

Laut einer von der deutschen Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie werden mehr als 75% der Gesetze von der EU präformiert, wobei die nationalen Rechtssetzungsorgane diese Vorgaben umzusetzen haben. Dies hebt die Souveränität der Völker praktisch auf.

***Wir Reformkonservative verlangen daher, dass möglichst viele Kompetenzen bei den einzelnen Staaten belassen werden und dass dort Transparenz und Bürgernähe gewährleistet werden. Zur Wiederherstellung der Souveränität Österreichs müssen insbesondere die Zuständigkeiten der Landwirtschaft, der Sicherung der Lebensmittelversorgung (bspw. Saatgut) und der Lebensmittelqualität (bspw. Gentechnik-Problem), der Budgetpolitik, der Verteidigungspolitik, der Außenpolitik, der Familienpolitik, der Bildungspolitik, des Transitverkehrs, der Währungs- und Finanzpolitik in ihrem jeweiligen wesentlichen Bedeutungsgehalt auf die nationale Ebene zurück verlagert werden.***

***Die Europäische Union sollte sich daher hauptsächlich auf die Wahrung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (Personenverkehrsfreiheit, Warenverkehrsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, der Abbau von Zöllen), sowie das Vereinbaren von technischen und sozialen Mindeststandards auf der Basis freiwilliger Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten beschränken.***

***Wir Reformkonservative lehnen vehement jede Form von Steuern auf EU-Ebene, von Eingriffen in die nationale Budgetpolitik und in die Budgethoheit der nationalen Parlamente genauso kategorisch ab, wie umgekehrt die Haftung für marode Mitgliedsländer. Eine verschlankte Europäische Union muss eine entsprechende Absenkung der Mitgliedbeiträge zwingend zur Folge haben.***

***Wir Reformkonservative lehnen die Bildung eines „EU-Staates“, sowohl als zentralstaatliches wie***

**auch als föderales Staatsgebilde, ab. Wir bekennen uns zu einer EU als Staatenbund zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit.**

## Demokratie

Ein weiterer europäischer Wert, die Demokratie als Ausfluss der antiken europäischen Rechtstradition, wird in der Europäischen Union zunehmend ad absurdum geführt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden von Oligarchien aus EU-Bürokraten und Lobbyisten im Zusammenwirken mit Parteifunktionären über die Köpfe der Bürger hinweg, zunehmend sogar gegen den Willen der Völker, getroffen. Dies zeigt sich besonders drastisch in der Missachtung von Volksabstimmungen und Referenden (bspw. jene zur EU-Verfassung in den Niederlanden, Frankreich und Irland) sowie den arroganten Reaktionen auf Volksentscheidungen von Nicht-EU-Ländern wie der Schweiz, oder in der Oktroyierung von nicht demokratisch legitimierten Regierungen (bspw. in Italien und in Griechenland).

***Wir Reformkonservative fordern daher die Durchführung von Volksabstimmungen und Volksinitiativen auf nationaler Ebene nach Schweizer Vorbild über jede weitere Abtretung von Befugnissen an die EU, über jede Erweiterung der EU und über grundlegende Rechtssetzungsakte der EU (bspw. EU-Verträge und Vertragsänderungen).***

***Weil demokratische Kontrolle nur in überschaubaren und transparenten Einheiten funktioniert, verlangen wir eine radikale Verschlankung der EU-Institutionen, auch als Konsequenz der Rückübertragung von Kompetenzen auf die Mitgliedsländer. Dies bedeutet, dass als entscheidendes EU-Gemeinschaftsorgan nur der Rat, gebildet aus demokratisch legitimierten und kontrollierten Vertretern der Mitgliedsländer, übrig bleibt. Damit soll die EU-Kommission auf die Rolle eines bürokratischen Vollzugsorgans ohne eigenes Initiativ- und Entscheidungsrecht (bspw. Abschaffung der delegierten Rechtsakte) beschränkt werden. Nach einer dergestalteten Reform der EU wird das EU-Parlament, welches derzeit eine sinnvolle Rolle als Kontrollorgan wahrzunehmen hätte, überflüssig und könnte eingespart werden.***

***Als sofortige Maßnahme zur Verschlankung der EU sollten die vollkommen überflüssigen Funktionen des Ratspräsidenten und des hohen Vertreters für auswärtige Angelegenheiten abgeschafft werden.***

## Sicherheitspolitik

Mit den jüngsten Beschlüssen des Ratgipfels in Vilnius und des EU-Parlamentes zur Schaffung einer Militärunion beschreitet die EU einen gefährlichen Weg zu einem militärischen Bündnis gegen neue und alte Feindbilder. Damit wird als weiterer Mythos der EU die Selbstdefinition als Friedensprojekt ebenfalls ad absurdum geführt.

***Wir Reformkonservative lehnen die Schaffung einer EU-Militärunion, die geplante Zusammenführung von EU und NATO und die Etablierung von militärischen Oberbefehlsstrukturen auf EU-Ebene mit einem Verteidigungskommissar entschieden ab. Stattdessen verlangen wir die Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs in allen Verteidigungsfragen und die volle Respektierung der österreichischen Neutralität.***

Weil die Machthaber in der EU sich immer stärker vor den Bürgern fürchten, haben sie mit der sogenannten EUROGENDFOR eine paramilitärische Einheit mit Sitz in Vicenza/Italien geschaffen, die nach den

Bestimmungen des Gründungsaktes (Vertrag von Velsen) sogar gegen den Willen der nationalen Regierungen gegen EU-Bürger zur Niederschlagung von Aufständen eingesetzt werden kann.

***Wir Reformkonservative verlangen die sofortige Auflösung alle Sondereinheiten, die gegen EU-Bürger und ihre freie Meinungsäußerung gerichtet sind, welche sich außerhalb oder über den nationalen Rechtsordnungen befinden.***

Die grundsätzlich zu befürwortende Personenverkehrsfreiheit hat in einigen Gebieten Österreichs zu gravierenden Problemen, vor allen zu einem Anstieg von Kriminalität und illegaler Einwanderung geführt.

***Wir Reformkonservative verlangen, dass die im Schengen-Vertrag vorgesehene Berechtigung zur Einführung von Grenzkontrollen respektiert und von allen EU-Institutionen akzeptiert wird, was zuletzt im Fall Dänemark zu unangemessenem Druck auf dieses Mitgliedsland geführt hat. Die Ordnung und Regelung der Einwanderung muss ausschließlich nationaler Hoheit unterliegen.***

***Wir fordern weiters den Schutz der Privatsphäre und des privaten Zahlungsverkehrs aller EU-Bürger vor Ausspähung und Datenangriffen, zumeist unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, ohne hinreichenden von nationalen Gerichten festgestellten Tatverdacht.***

## Erweiterungspolitik

Eine der grundlegendsten offenen Fragen blieb von den EU-Institutionen bis heute ungeklärt: Die Frage nach den Grenzen Europas.

***Für uns Reformkonservative ist Europa größer als die Europäische Union und umfasst alle Länder und Völker des christlich-abendländischen Wertekanons auf dem europäischen Kontinent. Für uns kommt daher der Beitritt der Türkei nicht in Frage, weshalb wir den sofortigen Abbruch aller Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verlangen.***

***Weil die EU ihre massiven internen Probleme nicht zu lösen vermag, kommt derzeit für uns Reformkonservative überhaupt keine Erweiterung in Frage. Die Ratifizierung jeder künftigen Erweiterung sollte hinkünftig ausschließlich nach einem „Ja“ des österreichischen Wahlvolkes zulässig sein.***

## Finanz- und Währungskrise

Die ungebremste Schuldenpolitik der meisten EU-Mitgliedsstaaten hat zu einer beispiellosen Abhängigkeit der Staaten und der Völker von der Finanzwirtschaft geführt. Im Euro-Raum wurde diese Verschuldungspolitik der Mitgliedsländer sogar noch durch die Illusion begünstigt, dass Länder mit niedriger Wirtschaftsleistung die gleiche Bonität aufweisen, wie Länder mit hoher Wirtschaftsleistung.

Obwohl ursprünglich nach einer Bestimmung des Lissabon-Vertrages eine Mithaftung der Euro-Länder für die Schulden der Einzelstaaten im Euro-Raum ausdrücklich ausgeschlossen war, wurde in sozialistischer Manier das gesamte Haftungsrisiko für die Schulden dieser Länder auf alle Mitgliedsländer und Bürger des Euro-Raumes übergewälzt. Die diesbezügliche Änderung im Lissabon-Vertrag wurde vom österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann ohne die von ihm im Wahlkampf versprochene vorhergehende Volksabstimmung mitbeschlossen!

Um in der Finanz- und Währungskrise Zeit zu kaufen, wurden milliardenschwere „Rettungsmaßnahmen“

eigeführt, wie der sogenannte „EFSM“ („Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus“), die sogenannte „EFSF“ („Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“) oder der sogenannte „ESM“ („Europäischer Stabilitätsmechanismus“). Beim ESM wurde zudem den Organen Immunität und Nichtbelangbarkeit sowohl in strafrechtlicher wie zivilrechtlicher Hinsicht garantiert.

Ohne jeden Parlamentsbeschluss und ohne Ratifizierungsverfahren wurde sodann noch eine sogenannte „Bankenunion“ eingeführt, mit der jede marode Systembank der EU mit Steuergeld direkt finanziert werden kann. Dies ist der Gipfelpunkt der sozialistischen Vergesellschaftung von Risiken, Haftungen und Schulden.

***Wir Reformkonservative lehnen jede Vergesellschaftung von Schulden anderer Staaten entschieden ab. Für uns sind sowohl die Bankenunion, wie auch eine Haftungsunion oder eine Transferunion gleichermaßen inakzeptabel. Darum fordern wir den Austritt Österreichs aus dem ESM und ehestmöglich dessen Aufhebung.***

***Wir Reformkonservative lehnen auch Abschöpfungsmaßnahmen von Sparguthaben, wie sie bereits in Zypern erprobt und nun von IWF und EU-Institutionen vorgeschlagen werden, als Enteignungsmaßnahmen schärfstens ab. Die Sicherheit der Sparguthaben muss ebenso geschützt werden wie das Bankgeheimnis.***

***Wir Reformkonservative verlangen, dass Banken ihre Spekulationsverluste selbst zu tragen haben und dass Bank- und Finanzmanager auch mit ihrem Privatvermögen für die von ihnen verursachten Verluste haften. Wir fordern ferner Regeln für die Banken und die Finanzwirtschaft auf nationaler Ebene, insbesondere die sofortige Wiedereinführung des Trennbankensystems.***

***Wir Reformkonservative verlangen darüber hinaus die sofortige Beendigung der unsinnigen Euro-Rettungspolitik und eine Verkleinerung des Euro-Raumes auf einen „Kern-Euro“ in Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung und Bonität. Mit den ehemaligen Euroländern, sowie allenfalls mit weiteren geeigneten Mitgliedsländern, sollte dann die „Kern-Euro-Zone“ den bewährten Wechselkurs-Mechanismus wieder einführen. Währungspolitik muss wieder auf ökonomischen Tatsachen statt auf ideologischen Vorgaben beruhen.***

***Wir Reformkonservative lehnen jede Form von EU-weiten Steuern und Abgaben zur Finanzierung von maroden Banken und Staaten ab, wie dies für die Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen wurde.***

## Justizpolitik

Der Europäische Gerichtshof wird immer stärker nach der Methode des angelsächsischen Case-Law zum stillen Gesetzgeber der EU und zum Motor der Entmachtung der Mitgliedsländer.

***Wir Reformkonservative verlangen daher die ersatzlose Abschaffung des EU-Gerichtshofes in Luxemburg.***

Die EU hat den sogenannten „Europäischen Haftbefehl“ eingeführt, mit dem in der gesamten Union nach allen Rechtsordnungen der Union Strafverfolgung selbst dort ausgeübt werden kann, wo diesbezügliche Delikte gar nicht einer Strafverfolgung unterliegen. Der Europäische Haftbefehl ist in hohem Grade missbrauchsanfällig.

***Wir Reformkonservative lehnen daher den Europäischen Haftbefehl ab. Justizpolitik gehört zum Kern der nationalen Souveränität und muss gesamthaft renationalisiert werden.***